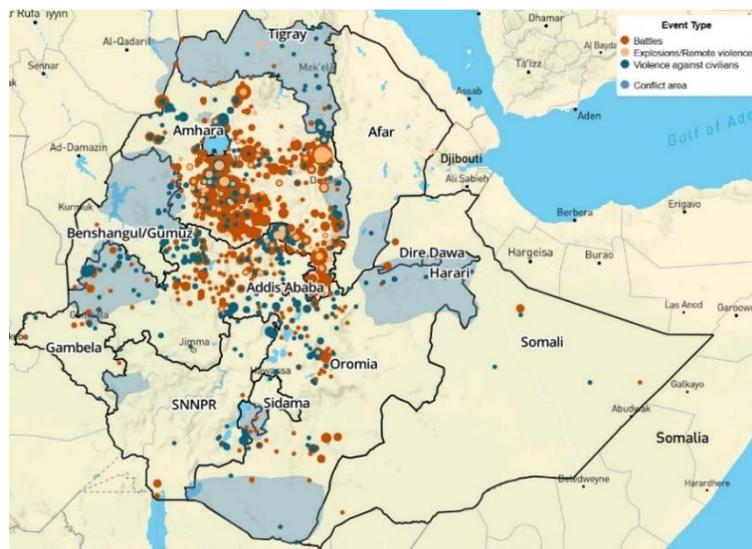


Factsheet Äthiopien

Mai 2025

1 Fakten und Zahlen



Karte: Political violence in Ethiopia, ACLED, April 2025

12 ethnisch definierte Regionalstaaten, zwei Stadtstaaten: Addis-Abeba und Dire Dawa (Stadtstaaten), Afar, Amhara, Benishangul-Gumuz, Gambela, Harar, Oromia, Sidama (Juni 2020), Somali, Tigray, Southern Nations, Nationalities, Peoples' Region (SNNPR), South West Ethiopia Peoples' Region (November 2021) und South Ethiopia Region (August 2023).

Bevölkerung: Gemäss Schätzungen, zwischen 115,8 und 128,6 Millionen.

Religionszugehörigkeit : (Volkszählung 2007) äthiopisch-orthodoxe Kirche 44 %, Muslim*innen 34 % und Protestant*innen 23 %; Tigray und Amhara mehrheitlich christlich, Afar, Somali und etwa die Hälfte der Oromo muslimisch.

Politisches System, EPP: Ethnischer Föderalismus. Von 1991 bis zur Machtübernahme von Abiy Ahmed 2018 war die Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) unter der Führung der Tigray People's Liberation Front (TPLF) an der Macht. Die EPRDF wurde im Dezember 2019 aufgelöst und durch die Ethiopian Prosperity Party (EPP) ersetzt. Alle Parteien unter der EPRDF und alle mit ihr verbündeten Parteien mit Ausnahme der TPLF, haben sich unter der EPP zusammengeschlossen: Oromo Democratic Party (ODP), Amhara Democratic Party (ADP), Southern Ethiopian People's Democratic Movement (SEPDM), Afar National Democratic Party (ANDP), Somali Democratic Party (SDP), Harari National League (HNL), Benishangul Gumuz People's Democratic Party (BDP) und Gambela People's Unity Democratic Movement (GPUDM).

2 Risikoprofile

- **Politische Opposition, Regierungskritiker*innen, Journalist*innen, Medienschaffende.** Regierungskritiker*innen, Medienschaffende und Journalist*innen, die als Dissident*innen wahrgenommen werden, Social-Media-Aktivist*innen sowie Anhänger*innen und Sympathisant*innen (einschliesslich Familienangehörige) der Oromo Liberation Front (OLF), Qeerroo, Oromo Federalist Congress (OFC), der nationalistischen Amhara-Parteien (wie National Movement of Amhara (NAMA) und Baladera), der TPLF und von separatistischen Bewegungen. Die TPLF und die Oromo Liberation Army

(OLA) wurden im Mai 2021 von der äthiopischen Regierung als «[terroristische Organisationen](#)» bezeichnet. Anhänger*innen werden seither massiv verfolgt. Im März 2023 wurde die TPLF wieder von der Liste terroristischer Gruppen [entfernt](#).

- **Frauen.** [Vergewaltigungen](#), Folter und sexuelle Versklavung werden im Tigray und in der [Region Amhara](#) als Kriegswaffe gegen Frauen und Mädchen eingesetzt. Vor allem [alleinstehende Frauen](#) sind Opfer von Diskriminierung sowie von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt (Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung ([FGM](#))). Aktivistinnen sind Opfer von [Cybermobbing](#).
- **Kinder.** [FGM](#), [Zwangsheirat](#). Jugendliche Angehörige der Queer- und anderer Jugendbewegungen, die an Demonstrationen teilgenommen haben.
- **LGBTQ+-Personen.** Homosexuelle Handlungen sind verboten und werden mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft. [Stigmatisierung, Tabuisierung und Diskriminierung sind in der Gesellschaft weit verbreitet](#). Es gibt keinen Schutz vor Diskriminierung oder Hassverbrechen.
- **Mitglieder bestimmter ethnischer Gruppen.** Vor allem entlang der Grenzen zwischen den Regionen. Ausschlaggebend sind der Kontext und der individuelle Hintergrund. [Tigray](#) wurden insbesondere während des Kriegs in der Tigray-Region im ganzen Land verfolgt. Menschenrechtsorganisationen sprechen von [ethnischen Säuberungen](#).
- **Eritreische Geflüchtete.** Personen, die in Flüchtlingslagern in der Tigray-Region leben, werden [vertrieben und angegriffen](#) oder sind Opfer [willkürlicher Festnahmen, Inhaftierungen und Deportationen](#) nach Eritrea. [Festnahmen](#) eritreischer Flüchtlinge in Addis Abeba im November 2024.

3 Jüngste Entwicklungen

Keine Verbesserung der Sicherheitslage. Die Zusammenstösse in den Regionen Amhara und Oromia dauern an. Die Regierung von Premierminister [Abiy Ahmed](#) sieht sich derzeit mit Aufständen in den Regionen Amhara und Oromia konfrontiert, während die Lage in der Region Tigray trotz der Vereinbarung über die [Einstellung der Feindseligkeiten vom November 2022](#) weiterhin angespannt ist. Der [Ausschluss der Amhara-Milizen Fano von diesem Abkommen](#) hat die Beziehungen zwischen diesen Milizen und der Regierung verschärft. Im April 2023 kam es in der Region Amhara zu [Zusammenstössen](#) zwischen den äthiopischen Nationalen Verteidigungskräften (ENDF) und diesen Milizen. Im August 2023 starteten die *Fano*-Milizen einen gross angelegten Angriff, um die wichtigsten Städte der Region unter ihre Kontrolle zu bringen. Als Reaktion darauf erklärte die äthiopische Regierung am 4. August 2023 [den Ausnahmezustand](#) in Amhara. Dies führte zu [Menschenrechtsverletzungen](#) gegen die Bevölkerung, darunter aussergerichtliche Hinrichtungen, Vergewaltigungen, Folter und willkürliche Inhaftierungen durch Regierungssicherheitskräfte. Trotz der offiziellen Aufhebung des Ausnahmezustands im Juni 2024 bleibt die Sicherheitslage instabil. Vor allem in ländlichen Gebieten kommt es weiterhin zu gewalttätigen Zusammenstössen. Der Konflikt hat [Hundert Tote und Verletzte](#) gefordert und zur Zerstörung ziviler Infrastruktur wie [Spitäler geführt, wofür weitgehend die Sicherheitskräfte verantwortlich gemacht werden](#). In der Region Oromia sind die ENDF mit Aufständen der [Oromo Liberation Army](#) (OLA) konfrontiert. Im Frühjahr 2024 hat die Regierung ihre Militäraktion gegen die OLA wieder aufgenommen. Diese ging mit Angriffen auf die Zivilbevölkerung und Zwangsumsiedlungen einher. Die Bevölkerung ist zudem ständigen Bedrohungen durch Aufständische und kriminelle Gruppen ausgesetzt. [Menschenrechtsverletzungen sind systematisch](#), darunter willkürliche Verhaftungen, Ver-

schleppungen, aussergerichtliche Hinrichtungen und Folter, die in einem Klima der Straflosigkeit begangen werden. Trotz der Unterzeichnung eines [Friedensabkommens zwischen der Regierung und einer Fraktion der OLA](#) im Dezember 2024 dauern die Zusammenstösse an.

Risiko einer Wiederaufnahme des Konflikts in Tigray. Spannungen zwischen Äthiopien und Eritrea. In Tigray wird die Umsetzung des Abkommens von 2022 durch interne Rivalitäten innerhalb der TPLF behindert. Im März 2025 löste ein Versuch des interimistischen Präsidenten Getachew Reda, Militärkommandanten abzusetzen [einen Machtkampf aus](#), der von einer rivalisierenden Fraktion unter der Führung von Debretsion Gebremichael angeführt wurde und Getachew zur Flucht nach Addis Abeba zwang. Seitdem sind bewaffnete Zusammenstösse, Morde, Warteschlangen vor Banken und eine Atmosphäre der Angst in Tigray an der Tagesordnung. Während die [Amhara-Milizen den Westen](#) der Region kontrollieren, sind eritreische Truppen weiterhin [im Norden der Region](#) präsent und [begehen Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt](#) gegen Frauen und Mädchen sowie Entführungen und Plünderungen von zivilem Eigentum. Gleichzeitig [verschärfen sich die Spannungen zwischen Äthiopien und Eritrea](#), insbesondere um den strategisch wichtigen Zugang zum Roten Meer, den Addis Abeba zurückgewinnen will. Diese Spannungen schüren die Befürchtungen eines grösseren regionalen Konflikts.

Vertreibung. Nach Angaben des [Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen](#) (UNHCR) gibt es derzeit (Stand: 31. März 2025) mehr als 1,9 Millionen Intern Vertriebene in Äthiopien, die überwiegend aus den Regionen Tigray und Oromia und in geringerem Masse aus den Regionen Amhara und Afar stammen. Seit Mai 2024 konnten Hunderttausende Menschen vor allem nach Tigray und in die Region Amhara zurückkehren, sodass die Gesamtzahl der zurückgekehrten Intern Vertriebenen nun bei 2,8 Millionen liegt. Konflikte sind nach wie vor der Hauptgrund für die Vertreibung. Das Land nimmt ausserdem fast 1,1 Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende auf, die hauptsächlich aus dem Südsudan, Somalia und Eritrea stammen.

Humanitäre Lage. Im Jahr 2025 ist Äthiopien weiterhin mit einer [komplexen humanitären Krise](#) konfrontiert, die durch wiederkehrende Klimakatastrophen, Konflikte und massive Vertreibungen verschärft wird. Im Jahr 2024 benötigten fast [20 Millionen Menschen humanitäre Hilfe](#). Für 2025 plant die UNO, rund 10 Millionen Menschen zu unterstützen, darunter 5,3 Millionen, die von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Der Zugang zu humanitärer Hilfe wird weiterhin durch Unsicherheit, administrative Beschränkungen und den Rückgang der internationalen Hilfe erheblich behindert. Im April 2025 gab das Welternährungsprogramm (WFP) bekannt, dass es aufgrund von Kürzungen der internationalen humanitären Hilfe seine Ernährungshilfe für 650'000 Frauen und Kinder ab Mai einstellen muss, wodurch das Leben von Millionen Menschen gefährdet ist. Laut dem [Büro der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten \(OCHA\)](#) hat seit Januar 2025 eine Verbesserung des humanitären Zugangs im Osten von Amhara die Lieferung lebenswichtiger Nahrungsmittel ermöglicht. OCHA schätzt jedoch die allgemeine Lage in der gesamten Region Amhara weiterhin als kritisch ein. In Tigray ist OCHA besorgt über die [humanitären Folgen](#) der zunehmenden politischen Spannungen. Die Region ist mit einer [akuten humanitären Krise](#) konfrontiert, die durch Treibstoffknappheit, eine Liquiditätskrise und galoppierende Preise gekennzeichnet ist und die Grundversorgung lahmlegt. Rund [eine Million Menschen, darunter vor allem Vertriebene, sind auf Hilfe angewiesen](#). Die lokalen Ressourcen sind erschöpft, die Notunterkünfte überfüllt, und die Lage bedroht auch die benachbarte Region Afar.

Unterdrückung kritischer Stimmen und Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums. Die Regierung geht weiterhin gegen vermeintliche Dissident*innen vor und schränkt den zivilgesellschaftlichen Raum ein. Im Dezember 2023 wurde [Taye Dendea](#) als Friedensminister entlassen und anschliessend wegen Kritik an den Massnahmen der Regierung in der Region Oromia und wegen angeblicher Verbindungen zur OLA festgenommen. Laut *Reporter ohne Grenzen* (RSF) wurden die meisten der jüngsten Fortschritte im Bereich der Pressefreiheit vor allem durch den Konflikt in der Region Amhara zunichte gemacht, was die [Angst vor Repressalien unter Journalist*innen](#), von denen 15 weiterhin inhaftiert sind, wieder schüren. Im November 2024 hat die Regierung [drei Menschenrechtsorganisationen](#) aufgrund vager Vorwürfe der «mangelnden politischen Neutralität» und «Handlungen gegen das nationale Interesse» suspendiert. Diese [Suspendierungen wurden](#) im März 2025 aufgehoben.

4 Praxis der Schweizer Behörden

Zahlen des SEM für 2024. Anerkennungsquote im Jahr [2024](#): Asyl 26,2 %, Schutzquote 52,4 % (Asyl + VA). Bereinigte Anerkennungsquote (ohne NEE ohne VA) 41,5 %; bereinigte Schutzquote 83,1 %.

Wiederaufnahme der zwangsweisen Rückführungen. Die zwangsweisen Rückführungen, die 2022 vorübergehend [ausgesetzt wurden](#), wurden 2023 wieder aufgenommen (1) und 2024 fortgesetzt (6). Von Januar bis März 2025 hat das SEM bereits sechs zwangsweise Rückführungen durchgeführt.